

Ausschussvorsitzenden
Planen und Bauender Gemeinde Nottuln
Herrn Hartmut Rulle

48301 Nottuln

07.Mai 2021

Sehr geehrter Herr Rulle,

gemäß der Entscheidung im letzten HFA, unseren Antrag nicht beschließen zu lassen, bitte ich nun um Aufnahme des Themas „Bauen statt Miete zahlen – Verzicht auf gemietete Büros der Gemeindeverwaltung“ auf die nächste Tagesordnung des Ausschuss für Bauen und Planen zu setzen.

Wir stellen folgenden Antrag:

Der Ausschuss für Planen und Bauen empfiehlt dem Gemeinderat zu beschließen, die Planung für den Bau eines „ergänzenden Gebäudes“ weiterzuführen, um zu ermöglichen, die gemieteten Büroräume der Gemeindeverwaltung aufgeben zu können.

Ziel ist die Einsparung der Aufwendungen für Miete.

Das Vorhaben ist mindestens kostenneutral zu planen. Die dafür benötigten Mittel müssen sich aus den bisherigen Mietkosten finanzieren lassen.

Begründung:

Seit mehreren Jahren schon hat unsere Fraktion darauf gedrungen, dass die Verwaltung sich damit beschäftigen soll, die hohen Mietkosten für angemietete Büroflächen in den Blick zu nehmen. Planungskosten dafür sind bereits vor Jahren dafür in den Haushalt eingestellt worden.

Wir wollen, dass es in der Sache weitergeht und die Zielrichtung klar definiert wird.

Wir hatten uns ein „Ergänzendes Gebäude“ ohne Publikumsverkehr vorgestellt, dass nur die Mitarbeiteranzahl aufnehmen soll, die es ermöglichen, die gemieteten Räume aufgeben zu können.

Das Ganze muss mindestens kostenneutral geplant werden. Die dafür benötigten Mittel müssen sich aus den bisherigen Mietkosten finanzieren lassen. Das darf sich im Ergebnishaushalt also gar nicht auswirken. Das wäre der richtige und vernünftige Ansatz.

Die vorliegende Studie befasst sich jedoch mit einem komplett neuen Rathaus, wenn auch als Anbau an das bestehende Kuriengebäude.

Sie zeigt auf, dass so ein Rathausneubau zwar wünschenswert aber in der derzeitigen Finanzlage unmöglich zu realisieren ist, zumal eine Nutzung der von Aschebergschen Kurie im Unklaren bleibt und drei Gebäude im Innenhof dafür abgerissen werden müssen.

Wolfgang Danziger
SPD-Fraktionsvorsitzender